

GRÜN: ÖKOLOGISCH - ÖKONOMISCH: REALISTISCH IN DER MITTE DER GESELLSCHAFT

*Ein Diskussionspapier über den Ausgang der Bundestagswahl, das Setzen
thematischer Schwerpunkte und die Koalitionsfähigkeit der GRÜNEN.*

BUNDESTAGSWAHL 2009: GEWONNEN, ABER NICHT GESIEGT

4.643.272 Menschen haben am 27. September 2009 die GRÜNEN gewählt. So viele wie nie zuvor bei einer Bundestagswahl. Dennoch wurde nicht das beste Ergebnis seit der Parteigründung 1980 erzielt.

Demokratische Wahlen müssen zumindest mittelbare Auswirkungen auf die Regierungsbildung und auf deren späteres Handeln besitzen. Um dies zu erreichen, muss eine Partei im ersten Schritt möglichst viele Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, für sie zu stimmen. Im zweiten Schritt darf sie dann aber nicht versäumen, ihr gesamtes, durch die Wahlen erst hinzugewonnenes, parlamentarisches Gewicht zu nutzen, um Einfluss auf die Regierung zu nehmen.

Gemessen an diesem Kriterium erreichten die GRÜNEN bei der Bundestagswahl 2002 ihr bisher bestes Ergebnis. Die Gründe dafür sind offensichtlich. Der Zweitstimmenanteil konnte von 6,7 auf 8,6 Prozent gesteigert werden. Gleichzeitig war es möglich, das relative Gewicht durch das Ausscheiden der PDS-Fraktion aus dem Bundestag und der Vergrößerung des Abstandes zur damals noch kleineren FDP zu stärken. Entscheidend war jedoch, dass die GRÜNEN zusammen mit einer geschwächten SPD weiter die Regierung stellen konnten, nur jetzt unter besseren Bedingungen als 1998. Nach den Wahlen zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998 hatte die SPD nicht nur theoretisch die Möglichkeit wahlweise mit der CDU/CSU oder der FDP zu regieren, manche innerhalb dieser Partei wünschten sich das sogar. Vier Jahre später war dann eine sozial-liberale oder rot-rote Regierung aufgrund fehlender Mehrheiten bereits ausgeschlossen, während sich eine Große Koalition auf

beiden Seiten als undenkbar darstellte. Die SPD und die Union erreichten nahezu den identischen Stimmenanteil, die eine Seite glaubte sich um den erwarteten Wahlsieg betrogen, während die andere eine Abkehr von GRÜN-Rot nach diesem Wahlkampf nicht hätte vermitteln können. An den GRÜNEN führte also kein Weg vorbei.

Wird das Ergebnis von 2002 mit dem von 2009 verglichen, zeigen sich schnell die Unterschiede. Bei der Wahl im letzten Herbst konnten die GRÜNEN zwar mit 10,7 Prozent wieder ein Rekordergebnis erreichen, blieben aber, wie schon 2005, die kleinste der Oppositionsfraktionen. Der Abstand zur FDP und zur LINKEN vergrößerte sich abermals; eine Regierungsperspektive konnte den Wählern bereits vor der Wahl nicht angeboten werden. Im Vergleich zu ihrem besten Ergebnis 2002 verließen die GRÜNEN das Wahljahr 2009 also deutlich schlechter.

KLARE ENTWICKLUNG: DAS ENDE DER VOLKSPARTEIEN

Gleichzeitig vollzog sich eine mindestens genauso wichtige Wandlung. Schon zum zweiten Mal in Folge verloren CDU/CSU und SPD bei einer Wahl gemeinsam Wähler. Die Verluste der einen Partei konnte die andere nicht ausgleichen. 2002 erreichten sie noch zusammen 77 Prozent der Stimmen, 2009 waren es nur noch 56,8 Prozent - so wenig wie nie zuvor. Selbst bei der ersten Wahl 1949 erzielten beide Parteien zusammen schon über 60 Prozent. Das vielfach zu hörende Argument, diese Entwicklung liege an der Großen Koalition, kann nicht mit den Tatsachen übereinstimmen. Nach dem Ende der ersten Großen Koalition 1969 konnten CDU/CSU und SPD insgesamt Wähler hinzugewinnen, währenddessen die FDP als einzige Oppositionspartei von 9,5 auf 5,8 Prozent zurück fiel und damit sogar um den Einzug in den Bundestag bangen musste.

Die ehemals das deutsche Parteiensystem dominierenden Parteien CDU/CSU und SPD, die sich allzu gerne als "Volksparteien" ansahen und politische Mitbewerber als "Klientelparteien" beschimpften oder im Fall der SPD als be-

freundeten Arbeitskreis für Umweltfragen wahrnahmen, haben ihre alte Stellung bei der Bundestagswahl 2009 endgültig verloren. So kann die CDU/CSU 2005 und 2009 die Bundeskanzlerin stellen. Damals musste Helmut Kohl noch eine herausragende Niederlage einräumen und als Bundeskanzler und Parteivorsitzender zurücktreten. Heute lassen sich CDU/CSU mit niedrigeren Ergebnissen als große Wahlsieger feiern.

Besonders deutlich wird das Ende der "Volksparteien" am Zustand der SPD, was für die GRÜNEN als ehemaligen Koalitionspartner interessant sein kann. Die SPD glaubt, ihr Niedergang habe primär etwas mit der Politik der Agenda 2010 zu tun, ein vehementer Trugschluss. Sie vergisst dabei, dass ihr Sinkflug schon spätestens Mitte der 90er-Jahre begann, als sie 1995 die absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen verlor. Der seitdem begonnene, dauerhafte Rückgang des Stimmenanteils geht mit einer rapide sinkenden Mitgliederzahl der SPD einher.

Auf kommunaler Ebene zeichnete sich der beginnende Strukturwandel im Parteiensystem zuerst ab, übertrug sich dann auf die Länder und vollzog sich verspätet in letzter Instanz (trotz oder wegen der rot-grünen Politik) auch auf der Bundesebene. So steht die SPD selbst in ihren ehemaligen Hochburgen, wie zum Beispiel auf kommunaler Ebene in Frankfurt bei 24 %, im Land Hessen bei 23,7 % und auf Bundesebene bei 23 %, überall - ohne inhaltliche und personelle Perspektiven - in der Opposition.

GRÜNE: KEIN BUND DER VERTRIEBENEN SPD-WÄHLER

Nicht nur die Bindungen an Kirchen und Gewerkschaften werden geringer, sondern auch die Bindung von Wählern an Parteien nimmt ab. In einer zum Glück immer stärker werdenden pluralistischen Gesellschaft ist das nicht verwunderlich, sondern eine zwangsläufige Konsequenz. Die Folge ist neben einer tendenziell geringer werdenden Wahlbeteiligung eine geringere Anzahl von Stammwählern. Dies bedeutet im Umkehrschluss aber nicht, dass die Menschen weniger politisch informiert sind als in der Vergangenheit, ganz im

Gegenteil. Es kann aus diesem Grund auch keinen Verband der Heimatvertrieben SPD-Wähler mit bis zu zehn Millionen Mitgliedern geben, dem die GRÜNEN -wie und warum auch immer- eine neue Heimat anbieten müssen. Die ständig überschätzte GRÜN-rote Wechselwählerschaft wählt bereits vollständig GRÜN (was nicht heißt, dass sie in Ausnahmesituationen wie der hessischen Landtagswahl 2008 nicht auch wieder für die SPD stimmen könnte), alle anderen ehemaligen SPD-Wähler sind aus prinzipiellen Erwägungen und ideologischen Schranken heraus für die GRÜNEN nur schwer erreichbar.

Die Pläne, die GRÜNEN zu einer besseren SPD inklusive deren ehemaligen Wählern umzubauen, können nicht aufgehen. Wer so argumentiert, nimmt darüber hinaus das deutsche Parteiensystem in einer eindimensionalen Achse zwischen "links" und "rechts" wahr, in der die Parteien und ihre Wähler eindeutig zu verorten zu sein scheinen. Dies kann zwar dem ahnungslosen Populisten die Argumentation erleichtern, bildet aber nicht die Realität ab.

RECHTS-LINKS: AUSEINANDERSETZUNG VON VORGESTERN

In einer entwickelten Demokratie, wie sie die Bundesrepublik Deutschland ohne jeden Zweifel ist, reicht eine Dimension zur Einteilung nicht aus. Wo soll etwa "Ökologie" auf einer solchen Skala aus dem 18. Jahrhundert liegen? Links, weil es progressiv ist, die Umwelt zu schützen oder rechts, weil hier etwas Bestehendes erhalten werden soll? Auch gibt es keine allgemeingültige Definition, was links und was rechts ist. Jeder stellt sich darunter etwas anderes vor und benutzt diese Begriffe zielgerichtet in der politischen Auseinandersetzung.

In den westlichen Demokratien besitzen alle Parteien eine so heterogene Binnenstruktur, dass sich die links-rechts Einordnungen ihrer Mitglieder und Wähler mehrfach überschneiden. So könnte man die LINKE in Dresden als weitaus rechter bezeichnen, als den „linken Rand“ der südhessischen SPD, so vertritt manch nordrhein-westfälischer CDU-Wähler linkere Ansichten als ein SPD-Wähler aus der Pfalz. Auch wird keiner aus der Tatsache, dass vor einer Dekade die SPD in Niedersachsen und die CSU in Bayern jeweils mit absoluter

Mehrheit (bei gleich hoher Wahlbeteiligung) regierten, ableiten wollen, dass die Niedersachsen politisch „linker“ eingestellt sind als die Bayern. Dies alles macht anschaulich deutlich, auch wenn es selbst ernannte Klassenkämpfer beider Seiten sicher bedauern, dass es in der Gesellschaft keine eindimensionale Auseinandersetzung zwischen links und rechts mehr gibt. CDU/CSU und FDP vertreten die "rechten" genauso wenig wie GRÜNE, SPD und LINKE die "linken" Positionen.

Deutschland besteht inzwischen aus einer Gesellschaft, die ein hohes Niveau an sozialer Differenzierung aufweist, in denen die sehr vielen unterschiedlichen Interessen der Bürger mit vielen sich überschneidenden und überkreuzenden Konflikten durch eine Vielzahl von Parteien, Vereinen, Verbänden und Vereinigungen vertreten werden. Bei dieser komplexen Sachlage so zu tun, als ob es wie im 18. Jahrhundert einen zentralen Konflikt zwischen "links" und "rechts" gebe, ist unredlich.

Die Behauptung der SPD nach einer ihrer Wahlniederlagen, es gebe eine gesellschaftliche Mehrheit links der Mitte, sie habe sich bei dieser Abstimmung nur leider wegen vielfacher Wahlenthaltung nicht bemerkbar gemacht, kann deshalb nicht richtig sein. Auch die Theorie, dass diese scheinbare Mehrheit durch gesellschaftliche Veränderungen seit Jahrzehnten ständig wachse, hält keiner empirischen Überprüfung stand. Die Forderung, eine Partei müsse sich selbst zwangsläufig das Etikett "links" oder "rechts" aufkleben, um Wählern den politischen Standpunkt zu verdeutlichen, ist eine fatale Unterschätzung der Wähler.

Ein singuläres Wahlprogramm, selbst wenn es ambitioniert der „Neue Grüne Gesellschaftsvertrag“, auf Grundlage eines Green New Deals, genannt wird, hat nicht allzu große Auswirkungen auf ein Wahlergebnis. Besonders deutlich zeigen dies die hessischen Landtagswahlen 2008 und 2009, bei denen die GRÜNEN mit nahezu identischem Programm sowohl 7,5 als auch 13,7 Prozent der Stimmen erreichen konnten.

GRÜNE: IMPULSGEBER FÜR ERNEUERUNG

Vielmehr ist eine langfristige und damit auch glaubwürdige inhaltliche Positionierung notwendig. Das neue 5-Parteien-System mit geschwächten Volksparteien bietet für die GRÜNEN hervorragende Möglichkeiten, um ihre Ziele durchzusetzen. Die Zeiten der ideologischen Auseinandersetzungen und damit des alten Lagerdenkens sind vorbei.

Für die GRÜNEN birgt diese neue Situation ein großes Potential. Sie bieten mit ihrer Programmatik eine breite Basis, die allen anderen Parteien des demokratischen Spektrums einen Anreiz schafft, mit ihnen über mögliche Koalitionen zu verhandeln. Als der notwendige Impulsgeber für die Erneuerung der Gesellschaft besitzen sie das Programm der nachhaltigen Zukunftsgestaltung. In den dafür relevanten Politikfeldern weisen dagegen alle anderen Parteien Einfallslosigkeit auf und sind daher auf GRÜNE Ideen angewiesen. Das sieht man daran, dass bereits viele Parteien versuchen GRÜNE Ideen zu übernehmen und als die eigenen zu verkaufen. Umfragen zufolge wissen die Menschen in Deutschland jedoch sehr gut, wofür GRÜN steht und keine andere Partei wird so sehr wegen ihrer Inhalte gewählt.

ÖKO-ÖKONOMIE: DIE GRUNDLAGE ZUKÜNFTIGER POLITIK

Diese GRÜNEN Ideen sind das Fundament, auf dem die GRÜNEN in Zukunft die Säulen aller Politikfelder aufbauen müssen. Die Öko-Ökonomie ist dabei die Grundlage, um die ökologischen und sozialen Ziele zu erreichen. Mit der Öko-Ökonomie können die GRÜNEN drei grundlegende Herausforderungen unserer Zeit meistern:

1. Das umweltpolitisch Grundlegende tun, um den Zusammenbruch des Ökosystems zu verhindern,
2. das wirtschaftlich Angemessene tun, um Arbeitsplätze und Einkommen für die Zukunft zu sichern und
3. Importe von Öl und Gas deutlich senken. Im Ausstieg aus fossilen Energien liegen große Chancen für neue Technologien, neue Märkte und neue Jobs.

Vor 200 Jahren hat die landwirtschaftliche Gesellschaft Europas begonnen, sich zur Industriegesellschaft zu wandeln. In den Städten entstanden große Fabriken, in denen tausende Menschen arbeiteten. Europa hat seinen Wohlstand seit der ersten industriellen Revolution auch auf fossilen Brennstoffen aufgebaut und ist deshalb auch für zu viele Treibhausgase in der Erdatmosphäre verantwortlich. Das Einhalten der Klimaziele bedeutet eine neue industrielle und gesellschaftliche Revolution.

Die hoch industrialisierte Welt steht vor der Schwelle zu einem von Kreativität, ökologischem und ökonomischen Sachverstand bestimmten Leben. In dieser globalen Wissensgesellschaft sind die Beschaffung, Aneignung und Weitergabe von Wissen entscheidende Kriterien für Erfolg oder Misserfolg in Fragen der gesellschaftlichen Solidarität, der Erhaltung der Umwelt und der individuellen Entfaltung des Einzelnen. Wissen wird in Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Erziehung, Sozialwesen und vielen weiteren Gesellschaftsbereichen zum zentralen Element.

Für die Wirtschaft bedeutet dies: Nicht mehr Arbeit und Kapital, sondern Kreativität wird die wirtschaftliche Entwicklung bestimmen. Es kommt darauf an, vorhandenes Wissen in Geschäftsideen umzusetzen und damit ökonomisch verwertbar zu machen. Nicht mehr Ressourcen, wie Maschinen und Arbeitskräfte sind die Produktionsmittel der modernen Gesellschaft. An ihre Stelle treten Fähigkeiten, Probleme zu erkennen, neues Wissen zu generieren und vorhandenes Wissen neu zu kombinieren, um neue Lösungen zu finden.

Der menschliche Faktor wird in einer von Wissen, Innovationskraft und Teamfähigkeit geprägten Wirtschaft in einer digitalen Gesellschaft eine neue und größere Rolle spielen. Die deutsche Wirtschaft wird nur dann dauerhaft im internationalen Wettbewerb erfolgreich sein, wenn sie innovativ ist. Qualifizierte Mitarbeiter zu finden, sie für ein Unternehmen zu gewinnen und zu motivieren, wird zu einem entscheidenden Produktionsfaktor in der modernen Öko-Ökonomie. Kreativität kann man nicht mit Geld kaufen und mit Disziplin organisieren. Sie kann nur vor Ort in den Regionen entstehen. High-Tech-Arbeitsplätze

(Technologie), Menschen mit guter Ausbildung (Talente), die offen sind für andere Kulturen und unterschiedliche Lebensformen (Toleranz), sind die Voraussetzung dafür.

DEMOGRAFISCHER WANDEL: TALENTE NUTZEN

Aufgrund der Alterung der Gesellschaft und des damit verbundenen Rückgangs des Erwerbstätigen-Potentials muss der demografische Wandel als politisches Querschnittsthema begriffen werden. Politik und Gesellschaft müssen Rahmenbedingungen schaffen, in denen Ältere und Jüngere gemeinsam lebenslang lernen und selbstbestimmt leben können. Je knapper das Angebot an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft wird, desto mehr müssen Unternehmen unentdeckte Talente nutzen, die vor allem bei Frauen, Migranten und älteren Menschen liegen. Das anhaltende Geburtendefizit macht eine auf die Migration qualifizierter Arbeitskräfte ausgerichtete Zuwanderungspolitik unumgänglich. Die potenzielle ökonomische Effektivität einer Bevölkerungsgruppe ist vor allem von ihrer Altersstruktur abhängig. Je größer der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, desto höher kann der mögliche volkswirtschaftliche Nutzen für die Gesellschaft sein. Migranten können somit bei gelungener Integration demografische Probleme abfedern. Bei missglückter Integration, verstanden als hohe Arbeitslosigkeit und der Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen, tritt jedoch das Gegenteil ein.

Es muss das Ziel sein, jedem Menschen die Möglichkeit zu geben, sein Leben in die eigene Hand zu nehmen, um unabhängig von der sozialen Herkunft eine Hochschul- oder Berufsausbildung finanzieren oder ein Unternehmen gründen zu können. Das System Schule muss komplett umgedacht und im Sinne der „Neuen Schule“ umgestaltet werden. Familienorientierte Arbeitszeiten, Weiterbildungsprogramme, die Beteiligung der Belegschaft am Unternehmensgewinn und der gesellschaftliche Druck auf Veränderungen im Bildungssystem sind kein Luxus, sondern ökonomische Notwendigkeiten.

STARKE INSTITUTIONEN: GRUNDLAGE DER ÖKO-ÖKONOMIE

Die soziale Marktwirtschaft ist kein Auslaufmodell. Sie kann eine ausgewogene Balance zwischen individueller Freiheit und gemeinschaftlicher Solidarität gewährleisten. Auf dem Weg in eine nachhaltige Wirtschaftsweise brauchen wir einen neuen ökologischen Ordnungsrahmen auf europäischer Ebene, um Wettbewerb anstatt Monopole und Oligopole zu schaffen. Wegen des EU-Binnenmarktes findet Wirtschaftspolitik nur noch auf europäischer Ebene statt. Nationale Wirtschaftsministerien haben heute symbolischen Charakter. Nur durch eine besser unter den Mitgliedsstaaten abgestimmte Wirtschaftspolitik und eine Stärkung der EU-Institutionen zur Durchsetzung von Wettbewerbsregeln kann Europa erfolgreich sein – ökonomisch, ökologisch und sozial. Dazu gehört auch eine Bürgerversicherung im Gesundheitssystem, die alle Bürgerinnen und Bürger gemäß ihrer Leistungsfähigkeit in die Finanzierung mit einbezieht und die notwendige medizinische Versorgung garantiert. Ein geordneter Wettbewerb zwischen den Krankenkassen ist notwendig, um eine höhere Qualität zugunsten der Patientinnen und Patienten sicher zu stellen.

Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Staat einen großen Einfluss auf das Bankensystem erhalten und kann einen klaren Rahmen vorgeben. Eine europäische Bankenreform mit der Begrenzung von Spekulationsgeschäften und einer Unterstützung eines klimaverträglichen Strukturwandels ist eine Notwendigkeit für eine nachhaltige Entwicklung. Durch bestimmte ökonomische Steuerungsinstrumente können Gewinne nicht mehr durch Raubbau an der Natur, sondern durch effizienten Umgang mit Ressourcen ermöglicht werden. Es werden nur diejenigen im Wettbewerb bestehen, die Kreativität nutzen, Ressourcen sparen und umweltschonend produzieren.

Die Einbeziehung sozialer und ökologischer Ziele liegt im eigenen Interesse moderner Unternehmen. Ein effizientes Umweltmanagement reduziert den Rohstoffverbrauch, senkt den Energieverbrauch, vermeidet Abfälle und senkt so die Kosten. Aufgrund der steigenden Preise für Energie und Rohstoffe wird dieser Faktor zunehmend wichtiger. Wer bei der ökologischen Effizienz vorne

liegt, liegt auch im Wettbewerb vorne. Ökonomie und Ökologie sind miteinander vereinbar. Dahinter verbirgt sich das neue intelligente Wachstum der Zukunft, das nicht nur rein ökonomisch ist. Dieses intelligente und qualitative Wachstum muss die wirtschaftliche Nachhaltigkeit und biologische Vielfalt sicherstellen und die Lebensqualität der heutigen Generation verbessern, ohne die Chancen der kommenden Generationen zu beeinträchtigen.

DIE MITTE DER GESELLSCHAFT: GRÜN

Grün ist die Zukunft. Grüne Ideen und Ziele, nachhaltiges Wirtschaften, Selbstbestimmung und Chancengerechtigkeit sind genau so wie der Wunsch nach einer gerechteren Gesellschaft in der Mitte einer modernen und zunehmend digitalisierten Gesellschaft verankert und werden mehrheitsfähig. In ihren Hochburgen erzielen Die GRÜNEN deutlich zweistellige Ergebnisse und sind in Stadtteilen die stärkste Kraft. Ein Großteil der Wähler der GRÜNEN verorten sich selbst nicht in politische Lager, sondern orientieren sich an Programmen und Personen, die für eine glaubwürdige ökologische und gerechte Politik stehen. Die GRÜNEN müssen deshalb eine eigenständige Rolle im 5-Parteien-System spielen, die den Klimawandel, das nachhaltige und soziale Wirtschaften, die Staatsverschuldung und den demografischen Wandel stärker als andere Parteien thematisiert. Die Frage nach einer Öko-Ökonomie und dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ist keine Rechts-Links-Lager-Frage.

DEMOKRATISCHE PARTEIEN: KOALITIONSFÄHIG

Das Wahlsystem hat auch immer Auswirkungen auf das Parteiensystem. Das britische Mehrheitswahlrecht erlaubt den wenigen Parteien ein fast feindschaftliches Verhältnis zu pflegen, weil sie niemals in die Verlegenheit geraten werden, zusammenarbeiten zu müssen. Das deutsche Verhältniswahlrecht dagegen ist darauf ausgelegt, ständig Koalitionen bilden zu müssen; absolute Mehrheiten sind die Ausnahme. Dadurch werden die demokratischen Parteien zu einer parlamentarischen Zusammenarbeit gezwungen, weil ansonsten

keine Regierungsbildung möglich ist. Dies ist in der Geschichte der Bundesrepublik auch gelungen. So koalitierten alle Parteien, wenn auch auf unterschiedlichen Ebenen, bereits miteinander. Auch die CDU mit der LINKEN. Dies gehört zur politischen Kultur des Landes. Wenn eine kleinere Partei dabei überproportional viel ihrer inhaltlichen Vorstellungen durchsetzen kann, ist das nicht besonders verwerflich, sondern besonders erfolgreich.

GRÜNE: DER MITTELPUNKT

Bereits seit der Bundestagswahl 2005 zeichnete sich ab, dass die GRÜNEN von CDU/CSU und SPD als Partner umworben und für alle Dreier-Koalitionen, in welcher Kombination auch immer, gebraucht werden. Eine Regierungsbildung wird zukünftig nur dann möglich sein, wenn sich drei Partner zusammenfinden können. Der inhaltliche Kurs einer Partei kann nicht durch den jeweiligen Koalitionspartner beeinflusst werden.

Die Zeit in der von einem GRÜN-roten-Projekt ausgegangen wurde ist damit zwangsläufig vorbei. Die beidseitige Bindung von CDU/CSU und FDP wird nach fast 20 Jahren auch wieder auseinander brechen. Der Start der „schwarz-gelben Wunschkoalition“ macht dies anschaulich.

GRÜN & GELB: GEMEINSAMKEITEN & TRENNENDES

Im Fünf-Parteien-System wird es entscheidend auf die Fähigkeit von Grünen und FDP ankommen, sich partiell -dort wo es notwendig ist- auch auf eine Zusammenarbeit zu verständigen. Ansonsten wird der Weg zu Ampel- oder Jamaika-Koalitionen versperrt bleiben und zwangsläufig eine große Koalition gebildet werden müssen. Das kann nicht im Sinne von Anhängern von GRÜNEN und FDP sein. In dieser Situation wird neue Dynamik in der deutschen Politik nur dann entstehen, wenn Grüne und FDP ihre politischen Schützengräben verlassen. Das Modell „weniger Steuern, weniger Staat“ ist weltweit gescheitert. Dieses Modell konnte auch keine Antwort auf die weltweite Kli-

makrise sein, stattdessen schafft das Modell der Öko-Ökonomie die notwendigen Verknüpfungspunkte. Es geht darum, die wichtigen Fragen des Umweltschutzes mit der Marktwirtschaft zu verbinden. Aber auch in Sachen Überwachungsstaat, solider Haushaltsführung, Abrüstung, sowie einer weltoffenen und liberalen Migrationspolitik gibt es durchaus GRÜN-Gelbe-Berührungspunkte. Die FDP muss sich Chancengerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe, und nicht auf eine Politik für Privilegierte konzentrieren. Ein Bündnis mit der FDP ist für die GRÜNEN nicht weiter entfernt, als eines mit der LINKEN.

SPD: ELTERN-KIND-VERHÄLTNIS BEENDEN

Gerade wenn GRÜNE ihr Potential im Bildungsbürgertum und bei den Selbstständigen ausschöpfen wollen, dürfen sie nicht im Dreierbündnis mit SPD und LINKE als Linksallianz auftreten. Manche GRÜNE müssen ihr Eltern-Kind-Verhältnis zur SPD beenden. Die GRÜNEN sind eine eigenständige politische Kraft und kein Anhängsel der SPD, selbst wenn sie mit der SPD politische Übereinstimmung aufweisen. Die ausgerufene übergroße programmatische Nähe zwischen den GRÜNEN und der LINKEN ist nicht vorhanden.

So lange die LINKE kein Parteiprogramm hat und ihre vielfältigen Probleme nicht lösen kann, kann sie politisch auch nicht ernst genommen werden. Während die Konzepte der LINKEN mit einem scheinbar allumfassenden paternalistischen, scheinbar sozialen Modell gescheitert sind, wollen die GRÜNEN eine Gesellschaft mit emanzipierten, selbstbestimmten Bürgern. Eine Zusammenarbeit mit der LINKEN kann nur möglich sein, wenn die GRÜNEN, wie in allen anderen Koalitionen auch, ihre Eigenständigkeit als moderne Umwelt- und soziale Wirtschaftspartei weiter verdeutlichen und keine einheitliche linke Gruppierung bilden.

CDU: MODERNISIERUNGSPROZESS BEOBACHTEN

Der Kulturkampf, den sich die GRÜNEN und die CDU noch in den 1980er Jahren geliefert haben, gehört der Vergangenheit an und hat in der heutigen Gesellschaft keine Grundlage mehr. Intensive Ansatzpunkte zu einer Zusammenarbeit mit der CDU ergaben sich in der Vergangenheit in Großstädten. Hier hat die CDU teilweise erkannt, dass sie mit ihren althergebrachten konservativen Ideen und Rezepten bei der großteils weltoffenen, aufgeschlossenen, individualisierten Großstadtbevölkerung nur noch bei Minderheiten ankommen kann. Daher fand und findet in vielen Großstädten in der CDU ein Umdenken, auf der Suche nach einem neuen Weg statt, um auch eine Partei der Großstädte sein zu können. Da die GRÜNEN schon immer eine Partei der Großstädte sind und dies auch zementiert haben und ausbauen, treffen sie auf ihrem Weg auch auf die CDU, deren neuer Weg sich dem GRÜNEN nähert und nicht umgekehrt. GRÜN-schwarze Bündnisse in Frankfurt am Main und in Hamburg sind eine logische Konsequenz aus diesen Veränderungen der CDU, aber auch bei den GRÜNEN. Gerade im kommunalen Umfeld steht der Pragmatismus im Mittelpunkt des Handels, nicht die Ideologie, mit der man zwar Bücher füllen, aber keine Alltagsprobleme lösen kann. Auch in den Landesverbänden der CDU wächst die Zahl der Modernisierer. Dort wo CDU bereit ist verstaubte Ideologien über Bord zu werfen und eine moderne Gesellschaftspolitik unterstützt, kann sie unter bestimmten Umständen auf GRÜNE Unterstützung hoffen.

Mit der GRÜN-schwarz-gelben Regierungszusammenarbeit im Saarland haben die GRÜNEN erstmals in einem deutschen Flächenland eine solche Dreierverbindung gesucht. In den Koalitionsverhandlungen hat sich sehr schnell gezeigt, dass die GRÜNEN Inhalte zu einem vorher nicht für möglich gehaltenen Anteil Einzug in den Koalitionsvertrag der beteiligten Parteien gehalten haben. Auch die GRÜNE Präsenz in der inhaltlich-ministeriellen Umsetzung ist geradezu exorbitant. Die saarländischen GRÜNEN verfügen gerade einmal über eine Landtagsfraktion von drei Personen, stellen aber zwei Minister in der

saarländischen Regierung. Das Saarland als kleinstes deutsches Flächenland ist nicht der Nabel der bundesrepublikanischen Politik. Aber gerade wegen seiner Größe und seinen ganz spezifischen Problemen und Besonderheiten ein gutes Feld für dieses neue GRÜNE Projekt, um es zu testen und mögliche Vorurteile abzubauen.

GRÜNE: EIGENSTÄNDIGE POLITIK

Die Oppositionsstrategie der Grünen muss sich vor allem von einem Prinzip leiten lassen: Betonung der Eigenständigkeit. Diese Strategie schließt ein gemeinsames punktuell Vorgehen mit den anderen Oppositionsparteien nicht aus, bedeutet aber auch keine Fundamentalopposition gegen Schwarz-Gelb um jeden Preis. Die GRÜNEN müssen somit eine eigenständige Rolle im 5-Parteien-System spielen, die den Klimawandel, das nachhaltige und soziale Wirtschaften, die Staatsverschuldung und den demografischen Wandel stärker als andere Parteien thematisiert. Darüber hinaus bleiben Bürgerrechte und demokratische Teilhabe zentrale Anliegen.

Gerade das einjährige hessische „Interregnum“ 2008, als sich im hessischen Landtag keine Mehrheiten fanden, um eine neue Regierung zu wählen, hat gezeigt, dass es Mehrheiten jenseits von Lagern gibt, die sich allein an Inhalten orientieren. In diesem einen berühmten Jahr gab es im hessischen Landtag alle möglichen Abstimmungscoalitionen, bis hin zu einer CDU/FDP/LINKEN-Mehrheit bei der Abstimmung eines Antrages.